

# Nachrichten für Naumburg

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Bencha, Dorsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinstenber, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Standitz, Throna usw.)  
Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtrates zu Naumburg; es enthält Bekanntgaben des Bezirksverbandes, der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma nach amtlichen Veröffentlichungen.

Er erscheint wöchentlich 3mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachmittags 4 Uhr.  
Bezugspreis: Monatlich ohne Austrag 1.55 Mk., Post ohne Bestellgeld monatl. 1.55 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vierterung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die gewöhnliche Zeile 20 Pfg., amtliche 50 Pfg., Reklametext (Spreng.) 50 Pfg., Tabell. 50%, Aufflag. Bei unbenutzten Zeilen wird die Hälfte der Zeile bezahlt.

Verantwortl. Amt Naumburg Nr. 2

Druck und Verlag: Götting & Gule, Naumburg bei Leipzig, Markt 3

Nummer 73

Sonnabend, den 16. Juni 1928

39. Jahrgang

## Amtliches.

### Schulausschussitzung

Dienstag, den 19. Juni 1928, abends 7 Uhr.  
Tagesordnung befindet sich im Rathhause am Brett.

In dieser Stadt ist ein gelbgefleckter Hund (Boxterrier), weiblich, ohne Halsband und Steuerzeichen, zugefunden.  
Der rechtmäßige Eigentümer des Hundes wird aufgefordert, seine Ansprüche bis längstens den 19. d. M. vormittags 9 Uhr geltend zu machen. Nach dieser Frist wird über den Hund von hier aus verfügt werden.  
Naumburg, am 15. Juni 1928. Der Stadtrat.

Die nächste Mütterberatungsstunde findet Mittwoch, den 20. Juni 1928, nachmittags von 2 bis 3 Uhr für Säuglinge und Kleinkinder in der neuen Schule, Zimmer 4, statt.

Kinder aus Familien, in denen ansteckende Krankheiten herrschen (Malaria, Diphtheritis, Scharlach usw.) dürfen nicht in die Beratungsstunden gebracht werden.  
Naumburg, am 16. Juni 1928. Der Stadtrat.

Die Amtshauptmannschaft glaubt die Beobachtung gemacht zu haben, daß sich die

### Bismarratten

namentlich in den Gegenden der Mulde und ihrer Zuflüsse und der in der Nähe gelegenen Teiche trotz aller Bekämpfungsmassnahmen weiter vermehrt haben.

Es wird Veranlassung genommen, alle Ortsbehörden und Jagdgenossenschaften, wie auch alle Jagdpächter und Eigenjagdbesitzer erneut darauf hinzuweisen, daß es ihre Pflicht ist, die räuberische Bekämpfung der Bismarratte stets angelegen sein zu lassen.  
Amtshauptmannschaft Grimma, 12. Juni 1928.

Dienstag, d. 19. ds. Mts., vorm. 11 Uhr soll in Naumburg im Rathaus 1 Pferd (brauner Wallach) gegen sofortige Barzahlung an den Weißbleibenden öffentlich versteigert werden.  
Naumburg, am 16. 6. 1928. Der Verwaltungs-Vollstreckungsbeamte Stadler.

### Präsidentenwahlen.

Der Gentlemanpräsident. — Unerfreuliche Aussichten. — Hoover in Front.

In keinem Lande der Welt wird so viel Gewicht auf Ansehlichkeit äußerer Tradition gelegt wie in England. Noch heute umwallt jedes höheren englischen Richters Haupt die gewaltige weiße Fodenperücke, noch heute tragen die englischen Regimenter Uniformen aus längst vergangener Zeit mit Bärenmützen und in buntester Farbenpracht. Noch heute führt der Präsident des Englischen Unterhauses, der „speaker“ (Sprecher), auf dem Wollsad, die weiße Perücke auf dem Haupt und in der Tracht des 17. Jahrhunderts. Dazu paßt es, daß auch heute noch im Englischen Unterhaus der Präsident als Kopfbedeckung dominiert und nur abgesetzt wird, wenn der Betreffende das Wort ergreift.

Jetzt ist Neuwahl des Präsidenten gewesen und natürlich stellte hierfür die stärkste Partei, die Konservativen, den Kandidaten. Aber auch die Arbeiterpartei wählte ihn, nicht deswegen, weil er der stärksten Partei angehört, sondern als Mensch. Als Gentleman, der nicht mehr einer Partei angehört, wenn er sich auf den Wollsad setzt. Für den alle nur Mitglieder des Parlaments sind, nicht Mitglieder der Regierungspartei oder der Opposition. Nur für die Würde des Hauses sorgt er und für glatte Erledigung der parlamentarischen Geschäfte. Seine Geschäftlichkeit und Überparteilichkeit überwand einmal schwerste Hindernisse, als die Gemüter zum Töden erhitzen waren und die Opposition zur Obstruktion wurde.

Im, den Konservativen, wählte jetzt dieselbe Opposition, die er damals mit fester, aber schonender Hand in die Wege normaler Betätigung zurückgeleitet hatte; die Arbeiterpartei wählte den Mann, der sein Lebensgeschick zurückzuführen kann auf die normannischen Barone, die vor fast 900 Jahren unter Wilhelm dem Eroberer nach England kamen.

Und in Deutschland? Da entbrannte jetzt bei der Wahl des Reichstagspräsidenten erbitterter Kampf. Ständiger, nur selten durchbrochener Brauch ist es, daß die stärkste Partei den Präsidenten stellt, die Posten der Vizepräsidenten besetzt werden gemäß der Stärke der Parteien. Wohlgerne: der einzelnen Parteien, und kommende oder vorhandene Koalitionsgruppierungen spielen dabei keine Rolle. Nur 1912 hat man es anders gehandhabt. Dieser rein mechanische Gesichtspunkt schaltete also parteipolitische Strömungen aus — wenn er allseits beachtet würde. Aber das geschah bei der jetzigen Neuwahl nicht. Schon daß die Kommunisten gegenüber dem Kandidaten der stärksten Partei, der Sozialdemokratie, durch Aufstellung eines Sonderkandidaten demonstrieren, war eine Durchbrechung jenes stillschweigenden Abkommens, aber auch die Deutschnationalen gaben nur weiße Zettel ab, enthielten sich also der Stimmabgabe für Lohde. Welches hat dann zu einem parteipolitischen Wirrwarr bei den

## Die Regierungsneubildung im Reiche

### Die Schwierigkeiten für Müller-Franken.

Das Reichstagspräsidium bei Hindenburg. Das neugewählte Präsidium des Reichstages, die Abgeordneten Lohde, Graf-Thüringen, Esser und von Kardorff, hatten dem Reichspräsidenten einen Besuch ab. Reichstagspräsident Lohde berichtete hierbei über die Präsidentenwahl und stellte das Reichstagspräsidium in seiner neuen Form vor. Reichspräsident von Hindenburg gab, wie amtlich mitgeteilt wird, seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß der bisherige Reichstagspräsident auch weiter die Leitung des Reichstages inne habe, begrüßte die anderen Herren und sprach seine guten Wünsche für den Fortgang der Arbeiten des Reichstages aus.

Inzwischen hat sich der Abgeordnete Müller-Franken weiter um das Zustandekommen einer neuen Reichsregierung auf Grundlage der großen Koalition bemüht. Da die Fraktionen der Deutschen Volkspartei des Reichstages

wartigen Augenblick wehrt, suchte der Abg. Müller den volksparteilichen Führer Dr. Stresemann auf, um mit ihm die politische Lage zu besprechen. Wie es heißt, wird Dr. Stresemann nunmehr persönlich in die Verhandlungen eingreifen, um die Große Koalition zustande zu bringen.

Die Hauptschwierigkeit soll gerade die Umbildung der Regierung in Preußen sein. Man will die jetzigen Regierungsparteien in Preußen zu der Erklärung bringen, die vom preußischen Ministerpräsidenten in Aussicht gestellte Umbildung der Regierung dahin zu interpretieren, daß sie spätestens beim Zusammentritt des preußischen Landtages im Herbst erfolgen wird. Wie es heißt, sollen die Regierungsparteien in Preußen mit diesem Wunsche der Deutschen Volkspartei sich einverstanden erklärt haben.

Ziemliches Aufsehen hat es in parlamentarischen Kreisen erregt, daß der Führer der Fraktion der Deutschen Volkspartei im preußischen Landtage, Dr. von Campe, plötzlich diesen Posten niedergelegt hat. Politische Kreise wollen wissen, daß dieser Schritt Dr. v. Campes mit den Verhandlungen über die Regierungsneubildung zusammenhänge, da er ein Gegner der Großen Koalition sei. Weiter wird behauptet, daß sich Dr. v. Campe darüber empört habe, daß er von der Volkspartei eingesehten Kommission, die über die Regierungsneubildung verhandeln soll, nicht angehört. Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei teilt zu den Gerüchten mit, daß Dr. v. Campe bereits am Schluß der letzten Session auf Parteiveranstaltungen und auch sonst zum Ausdruck gebracht habe, er werde mit Rücksicht auf sein Alter (68 Jahre) den Vorsitz der Landtagsfraktion nicht wieder übernehmen. Nachdem die Arbeiten im neuen Landtag in Fluß gekommen seien, habe er seinen Entschluß verwirklicht. In der Verlautbarung werden weiterhin die oben angegebenen Rücktrittsgründe auf das bestimmteste in Abrede gestellt.

Jedenfalls zeigt das Hin und Her, das auch bei dieser Regierungsneubildung wieder in Augenschein tritt, daß sich der Abg. Müller seine Funktion doch viel leichter gedacht hat. Von einigen Seiten wird ihm auch schon der Vorwurf gemacht, daß er bei seinen Verhandlungen die alte Taktik anwendet, zunächst mit den Fraktionen sich in langwierige Verhandlungen einzulassen, anstatt einfach mit einem Kabinett, dessen Mitglieder den Parteien zu entnehmen wären, auf die sich seine Regierung stützen würde, vor das Plenum des Reichstages zu treten und dort nach Abgabe der Regierungserklärung die Vertrauensfrage zu stellen. Natürlich hat die Durchführung dieses Vorschlages auch ihre Schwierigkeiten, da sich kaum Parlamentarier finden dürften, die ohne Zustimmung ihrer Fraktion einen Ministerposten annehmen.



Abg. Dr. v. Campe.

und des preußischen Landtages nach wie vor darauf bestehen, daß mit einem Eintritt der Volkspartei in die Reichsregierung auch volksparteiliche Minister in die preußische Regierung einzuziehen, wozu sich wiederum der preußische Ministerpräsident Dr. Brauns im gegen-

Wahlen der Vizepräsidenten geführt, die deswegen unerfreulich ist, weil sie nur eben die Wahl eines Parteimannes, nicht aber des überparteilichen, allseits anerkannten „Gentleman“ veranlaßt. Weil schon jetzt und bedauerlicherweise bei dieser sonst nur formal behandelten Angelegenheit die Gegensätze auseinanderplatzten. Das ergibt unerfreuliche Aussichten auf die Zukunft des Reichstages und seiner politischen Arbeit. Gerade im deutschen Parlament ist das Parteimäßige überhaupt zum Selbstzweck geworden, verschwindet der Abgeordnete als Mensch in der Parteimaschine. Auch 1924 gaben die Sozialdemokraten dem Kandidaten der damals stärksten Fraktion, dem Deutschnationalen, bei der Präsidentenwahl ihre Stimmen nicht — aus politischen und persönlichen Gründen. Der Deutsche hat ja im parteipolitischen Leben noch niemals die beste politische Tugend gezeigt, vergessen zu können.

Wir haben eben „Weltanschauungs“parteien mit allen Vorzügen, aber auch mit allen Nachteilen dieses Begriffs. In Nordamerika ist's ganz anders und nicht bloß der Rufstehende kommt in Verlegenheit, zu sagen, worin eigentlich der Unterschied zwischen den beiden dortigen Parteien, den Demokraten und den Republikanern, besteht. Auch dort gibt es jetzt eine Präsidentenwahl, aber eine Wahl des Staatspräsidenten, des Nachfolgers Coolidge's. Sie erfolgt durch die Parteien, die in einer besonderen Zusammenkunft ihrer Delegierten die Kandidaten nominieren. Jetzt haben die Republikaner, in deren Händen zurzeit die größere Macht im Repräsentantenhaus liegt, die also wohl auch die Mehrheit des amerikanischen Volkes hinter sich haben, den auch in Deutschland nicht unbekanntem Hoover als ihren Kandidaten aufgestellt. Einst hat er die Verproviantierung namentlich des durch Krieg und Nachkriegsblockade fast verhungerten Deutschlands in die Wege geleitet und als Staatssekretär brachte er jene Aktion in Gang, die schließlich zum Dawes-Pakt führte. Auch hat es dabei auch genügend gegeben, weil die Farmer in tumultuarischer Weise gegen die Kandidatur des ihnen aus wirtschaftspolitischen Gründen sehr mißliebigen Hoover vorgingen. Aber ob Republikaner oder Demokrat — der Staatspräsident Amerikas ist nicht mehr Parteimann, wenn er sein Amt antritt. Wohl umgibt er, der an Macht stärker ist als jeder König, sich dann mit Männern seines politischen Vertrauens, aber auch seine politischen Gegner setzen in ihm nur den Repräsentanten des Landes, aller Vürater, deren oberster er ist.

Parteien sind etwas ganz Schönes und sie wird und muß es immer geben im politischen Leben; aber oft sind zuviel Parteien, namentlich in Deutschland, etwas sehr wenig Schönes.

### Die wirtschaftliche Notlage Nordschleswigs

Appell an den dänischen König.  
Der König von Dänemark wollte dieser Tage in dem durch den Vertrag von Versailles wieder dänisch gewordenen Nordschleswig. In Appenrade empfangen er an Bord seiner Yacht „Danerbrog“ die Führer der deutsch-dänischen Wirtschaftsbewegung, in deren Auftrag der Postbesitzer Lei die Forderungen und Wünsche der „Sammlungsbewegung“ in bezug auf Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Nordschleswiger vortrug. Er betonte dabei, daß vom dänischen Staatsministerium diese Forderungen abgewiesen und nicht einmal in Erwägung gezogen worden seien.  
Der König erwiderte, er könne eine bestimmte Antwort nicht geben, da Regierung und Reichstag in dieser Frage mitzusprechen hätten; er freute sich aber, daß die Herren sich vertrauensvoll an ihn gewandt hätten. Die Abordnung war von dem Empfang befriedigt und betonte, wie angenehm der Gegenstand zwischen der Haltung des Königs und dem abweisenden Tone des Staatsministers berührt habe.

### Die Reichsbahn über das Eisenbahnunglück

Die Ursache bleibt ungeklärt.  
Bis heute steht, wie die Reichsbahndirektion Nürnberg zu dem Unglück bei Siegelshausen mittelt, nur fest, daß die führende Achse des Drehgestells der Lokomotive zuerst entgleist ist, und zwar gegen das Gefälle der Fliehtrass nach der inneren Seite der Kurve, ferner, daß betriebliche Verfehlungen nicht vorliegen und daß Fehler an den Sicherungseinrichtungen und der Gleisanlage oder mangelnde Festigkeit des Bahnuntergrundes die Entgleisung nicht veranlassen konnten.

Die Untersuchung wird fortgesetzt und wird im Laufe der Aufklärungsarbeiten an der Unfallstelle noch weitere Aufklärung bringen. Bis dahin sind alle Ausgrabungen möglich. Sie bringen keine Aufklärung, sondern nur Verunsicherung in die Bevölkerung.